

Noch einmal ging's um die Reform

300 000 DM belasten die Entscheidung — Bürger verzichten notfalls auf das Geld

STEINACH. Vermutlich zum letzten Male stand bei der Bürgerversammlung die Gemeindegebietsreform auf der Tagesordnung. Bürgermeister Helmut Schuck stellte fest, bei den Gemeinderatssitzungen seien außer der Gebietsreform der Ausbau der Hennebergstraße, die Teilerneuerung der Wasserleitung und der Ausbau der Ruppertsbacher Straße in Roth Beratungsschwerpunkte gewesen. Er berichtete weiterhin vom ausgeglichenen Haushalt mit dem Volumen von nahezu 1,5 Millionen DM und vom Schuldenstand, der 1 941 000 DM beträgt.

Im Ausblick auf 1976 meinte der Bürgermeister, es sei nötig, daß der Kindergartenneubau realisiert und die Ortsdurchfahrt Hohn ausgebaut werde. Er betonte, der Markt könne künftig keine freiwilligen Leistungen für Vereine und Organisationen mehr gewähren. Schließlich erklärte Schuck, daß ab 1976 Wasser- und Kanalgebühren im Abbuchungsverfahren eingehoben werden sollen und im Ortsteil Nickersfelden die Kanalbenützung künftig gebührenpflichtig sei.

Zum Thema Gebietsreform unterrichtete der Bürgermeister über die Anstrengungen der Gemeindeverwaltung, eine Verwaltungsge-

meinschaft mit Bad Bocklet zu erreichen. Er stellte fest, trotz Vorsprache des Landtagsabgeordneten Franz von Prümmer und des Landrats Magnus Herrmann sei die Regierung offenbar nicht gewillt, dem Wunsch des Marktes nachzukommen, obwohl dieser auch von Bad Bocklet sowie dem Landratsamt gebilligt würde. Steinach, das seine Selbständigkeit auch nach 1978 gewahrt wissen möchte, riskiert, so Schuck, beim Festhalten an der bisherigen Auffassung rund 300 000 DM Sonderzuweisungen. Unter diesem Druck müsse noch 1975 eine Entscheidung getroffen werden.

Zahlreiche Bürger vertraten in der Diskussion die Ansicht, der Gemeinderat solle die bisherigen Vorstellungen beibehalten und notfalls um der Erhaltung der Selbständigkeit willen auf den in Aussicht gestellten Betrag verzichten. Bürgermeister Schuck, Forstdirektor Anton Demling, zweiter Bürgermeister Reinhard Holzheimer und Gemeinderat Hermann Scherf warnten davor, mit dem Nachgeben des Ministeriums in dieser Frage zu rechnen. Es könne schließlich der Fall eintreten, daß außer der Selbständigkeit auch das Geld verloren ginge.

2.1.1976